

Entschließungsantrag

Der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Dr. Ewa Ernst-Dziedzic

Kolleginnen und Kollegen

betreffend aktuelle Situation in den USA nach dem Tod von George Floyd

eingbracht im Zuge der Debatte Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 593/A(E) der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ein starkes Zeichen gegen Hassverbrechen und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen setzen (213 d.B.) (TOP 22)

Der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd war tragischer Auslöser von weltweiten Protestbewegungen unter dem Titel „Black Lives Matter“, die sich seit Jahren gegen Rassismus, Polizeigewalt, Diskriminierung von Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern und die Missachtung der Menschenrechte einsetzen. In unmittelbarer Reaktion hat sich nicht nur die politische Öffentlichkeit der USA klar zu rassistisch motivierten Vorkommnissen geäußert, diese aufs Schärfste verurteilt und die zugrundliegenden Probleme erneut thematisiert. Gegen die Hauptbeteiligten wurde in weiterer Folge wegen Mordes zweiten Grades, also wegen Mordes, der ursprünglich nicht vorausgeplant war, Anklage erhoben.

Der Diskurs in den USA, der durch die vielfältigen und weitestgehend friedlichen Proteste der Zivilgesellschaft eingesetzt hat, führte in weiterer Folge zu klaren Rufen nach tiefgreifenden Systemreformen. Dabei werden Selbstverständnis, Praxis und Befugnisse der Polizei hinterfragt und klare Regelungen für den Polizeidienst und -einsätze gefordert. Zahlen, Daten und Statistiken im Zusammenhang von Todesfällen durch einen Schusswaffengebrauch der Polizei in den USA weisen laut der mehrjährigen Erhebung der US-amerikanischen Tageszeitung Washington Post etwa 1.000 Fälle pro Jahr auf. Gemäß diesen Zahlen ist der Anteil durch Schusswaffen getöteter männlicher Afroamerikaner bei Polizeieinsätzen doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse, die durch einen weiteren Todesfall eines Afroamerikaners in Atlanta – Raychard Brooks wurde am 13. Juni 2020 bei einem Polizeieinsatz erschossen - weiter an Bedeutung erlangt haben, unterstützen auch die unterzeichnenden Abgeordneten insbesondere in Momenten großer Polarisierung jene Stimmen der Zivilgesellschaft, die ihre Stimme gegen Rassismus und Polizeigewalt erheben und Gerechtigkeit und Rechtsschutz, die Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte und die Einhaltung der Menschenrechte fordern. Medienberichten zufolge kam es

in den letzten Tagen vermehrt zu Polizeiübergriffen auf friedliche Demonstrierende sowie Journalistinnen und Journalisten. Die Rücknahme des Schutzes von Trans-Personen vor Diskriminierung im Gesundheitswesen ist zudem eine weitere besorgniserregende Entwicklung.

Die USA und Europa sind eine Wertegemeinschaft, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte basiert. Auch bilateral besteht zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich eine langjährige enge Zusammenarbeit und Freundschaft. Gerade auf Grundlage dieser guten Beziehungen können und sollen auch unterschiedliche Positionen, wie etwa in Bezug auf den effektiven Multilateralismus und den Schutz und Achtung der Menschenrechte, angesprochen werden. Gerade auf Grundlage dieser transatlantischen Partnerschaft, ist es wichtig, breite und friedliche zivilgesellschaftliche Bewegungen zu unterstützen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in den USA und entsprechend Österreichs Einsatz für die Bekämpfung von Rassismus und für die Achtung der Menschenrechte, die einen integralen Bestandteil der österreichischen Außenpolitik bilden, sollte die Republik Österreich insbesondere in der aktuellen Situation ihre menschenrechtliche, demokratische und rechtsstaatliche Grundhaltung verstärkt vermitteln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird anlässlich der aktuellen Situation in den USA nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd aufgefordert, sich weiterhin auf internationaler und europäischer Ebene für die Einhaltung und Stärkung der Grund- und Menschenrechte einzusetzen.

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen wird zudem ersucht, sich weiterhin aktiv auf internationaler und europäischer Ebene, in den entsprechenden internationalen Gremien, gegen Rassismus, Verhetzung und Diskriminierung weltweit einzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen, aufgefordert, Österreichs aktuelle Position im Menschenrechtsrat der Vereinten

Nationen als Mitglied aktiv zu nützen, um eines der grundlegendsten menschenrechtlichen Prinzipien, nämlich der Gleichheit aller Menschen an Würde und Rechten Ausdruck zu verleihen, und entsprechende Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus, Verhetzung und Diskriminierung weiterhin zu unterstützen.

Der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen, wird aufgefordert wie im Regierungsprogramm vorgesehen die Stärkung der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsaktivistinnen und –aktivisten sowie Journalistinnen und Journalisten und demokratischen Kräften zu unterstützen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen dazu aufgefordert, die aktuellen Ereignisse auch auf bilateraler Ebene mit den USA entsprechend zu thematisieren.“



